

Archiv

Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands Bonn



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/103 - 16. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>"Vom Atlantik bis zum Ural"</u> Das Europabild de Gaulles Von Günter Markscheffel	67
2 - 3	<u>Ostberlin - ein grosses Konzentrationslager</u> Erlebnisse eines jungen Engländers	72
4 - 6	<u>Arbeiterjugend zwischen Fabriken</u> Kölner Erinnerungen aus der Hans-Böckler-Zeit Von Christian Schmitz-Rheinfeld	120
7	<u>Goethes Glaube an die Einheit</u> Aus einem Gespräch mit Eckermann vom 23. Oktober 1828	19
7	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Mehr Licht</u>	26

* * * * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

"Von Atlantik bis zum Ural"

Das Europabild de Gaulles

G.M. - Der französische Staatspräsident hat während seiner grossen Pressekonferenz am Dienstag im Blick auf die weitere Entwicklung der Europapolitik sowie seiner Haltung zum Berlin- und Deutschlandproblem einige Bemerkungen gemacht, die sicher auch bald das offizielle Bonn beschäftigen werden. Dies dürfte umso notwendiger sein, als Bundeskanzler Dr. Adenauer Anfang Juli von seinem Freund de Gaulle zu einem grossen Staatsbesuch in Frankreich erwartet wird, in dessen Verlauf das Problem einer möglichen Identifizierung der Bonner und Pariser Haltung eine nicht unerhebliche Rolle spielen könnte.

Zu den amerikanischen Sondierungen in der Berlinfrage hat de Gaulle die gleiche Haltung eingenommen, wie Bundeskanzler Dr. Adenauer kürzlich in Berlin. Ob hier eine Abstimmung zwischen de Gaulle und Adenauer stattgefunden hat, ist natürlich schwer zu sagen, aber möglich.

Die Rolle Frankreichs als selbständige Atomkraft wurde vom französischen Staatspräsidenten noch pointierter herausgestellt als bisher, obwohl der Generalpräsident durchblicken liess, dass dieser Aspekt seines Verhaltens im Rahmen der NATO-Partnerschaft nicht unbedingt eine Störung des westlichen Verteidigungsbündnisses bedeuten müsse.

Klarer drückte sich der französische Staatsoberhaupt über seine Gedanken zur Europapolitik aus. Er sieht zunächst das Europa der Sechs, strebt eine enge politische Zusammenarbeit der Regierungen der sechs Staaten an, meint jedoch, dass man zunächst nicht weitergehen sollte; man könne unter Umständen drei Jahre warten, um zu sehen, wie dieses Gebilde funktioniert, um dann weitere Entscheidungen zu treffen.

Die Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich spielte bei den Überlegungen de Gaulles eine nicht unerhebliche Rolle. Hierbei fiel auf, dass de Gaulle von einem Europa sprach, das "vom Atlantik bis zum Ural" reicht. Die Anziehungskraft des Europa der Sechs könnte Möglichkeiten des Gleichgewichtes unter Zusammenarbeit mit dem Osten eröffnen. So könne man vielleicht das deutsche Problem regeln; Frankreich würde mit festen Vorschlägen dazu beitragen.

16. Mai 1962

Es kann sein, dass diese letzte Bemerkung de Gaulles die interessanteste in seiner mit Spannung erwarteten Pressekonferenz war. Sie zeigt, dass de Gaulle - auf weite Sicht - immer noch die europäische Entwicklung liebt. Vor der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 hatte er schon einmal ähnliche Gedanken geäußert; sie liessen erkennen, dass auch de Gaulle kräftig genug fühlt - natürlich mit eigenen Atomwaffen im Rücken - mit "Chruschtschow als Europäer" zu reden.

- * Wie dem aber auch sei: für die deutsche Politik erhebt sich
- * besonders nach dem bedauerlichen Zwischenspiel der Meinungs-
- * verschiedenheiten zwischen Bonn und Washington die Frage,
- * wie man einerseits das notwendige gute deutsch-französische
- * Verhältnis festigen und andererseits das ebenso notwendige
- * gute deutsch-amerikanische Verhältnis erhalten kann.

In den Vereinigten Staaten wird de Gaulle vor den innenpolitischen Gegnern Kennedys gelobt. Dasselbe Lob von der gleichen Seite wird auch in temperierter Form Herrn Adenauer dargebracht. Die Demokraten dagegen können ziemlich unverblümt, Washington habe allen Grund, mit Zweifel und Befürchtungen die französischen Anstrengungen zu betrachten, mit einem enormen Aufwand an Geld und Energie die volle Mitgliedschaft im Atomclub zu erreichen.

Es ist durchaus verständlich, wenn Bundeskanzler Adenauer nach den vielen Enttäuschungen und Aufregungen, die er im Kreise seiner eigenen politischen Freunde in den letzten Tagen erleben musste, zunächst noch schweigt und über seine Absichten, die er mit seinem Freund de Gaulle haben könnte, vorläufig nichts sagt. Der Bundeskanzler, der gelegentlich auch und viel redet, kann unter gewissen Umständen auch ganz gut schweigen. Da die europäische Politik nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten noch undurchsichtiger als bisher erscheint, und da deswegen auch das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten - im Wechselspiel zum Verhältnis zwischen Bonn und Paris - mit grösster Umsicht behandelt werden muss, wollen wir zunächst den Bundeskanzler nicht zu voreiligen Äusserungen veranlassen.

Vielleicht findet jedoch sein Aussenminister Gelegenheit, die zuständigen Gremien des Bundestages darüber zu unterrichten, mit welchen politischen Vorstellungen der Bundeskanzler bei seinem Staatsbesuch in Frankreich aufzuwarten gedenkt.

Ostberlin - ein grosses Konzentrationslager

Der englische Journalist Graham J. Hewitt, Mitglied des Vorstandes der englischen Young Socialists, der Jugendorganisation der Labour Party, hat vor kurzem auf Einladung der deutschen Jungsozialisten Berlin besucht. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er in einigen grossen englischen Provinzzeitungen Artikel über seine Eindrücke in Berlin. Hier ein Auszug aus seinem Artikel in der "Portsmouth Evening News."

Während die Massen in die Guildhall von Portsmouth strömten, um die Jazzband von Acker Bilk zu hören, sass ich in einem Untersuchungszimmer der ostdeutschen Volkspolizei und überlegte ernstlich, ob ich nicht besser in Portsmouth geblieben wäre und meine Konzertkarten benutzt hätte.

Ein Volkspolizist hatte mir meinen Pass abgenommen und er wurde über eine Stunde lang überprüft, ohne dass ich auch nur die blässfeste Ähnung hatte, wozu das alles dienen sollte. In dem Zimmer waren 12 Beamte der Armees, des Zolls, der Polizei und der Grenzpolizei und ich musste ihnen sagen, was ich mit meinem Geld gemacht hatte und zu welchem Zweck ich in Ostberlin gewesen war.

An diesem Grenzübergang von Ost- nach Westberlin zählte ich mehr als 80 kommunistische Beamte; sie steckten in sieben verschiedenen Uniformen und trugen alle Arten von Schusswaffen mit sich herum.

Schreckliche Eindrücke

Aber mit allen ihren Sicherheitsvorkehrungen können die Kommunisten eines nicht erreichen: Die schrecklichen Eindrücke vergessen machen, die man durch einen Besuch in Ostberlin erhält. Sie haben aus Ostberlin ein grosses Konzentrationslager mit einer Mauer, mit Stacheldraht, mit Betonpfählen, Gräben und Todesstreifen darum herum gemacht.

Ich hatte Gelegenheit zu Gesprächen mit Ostberlinern und erhielt so ein erschütterndes Bild vom Leben der Menschen unter dem Kommunismus und den kaum glaublichen Beschränkungen und Schwierigkeiten, durch die es gekennzeichnet ist.

Schon die Zigaretten und der Kaffee, die wir aus Westberlin mitgebracht hatten, waren der Anlass zu einem Einblick in die Ostberliner Verhältnisse: Diese Dinge gibt es dort neben vielen anderen nicht oder nur

in sehr schlechter Qualität und auf dem schwarzen Markt werden dafür Phantasipreise gezahlt.

Zum Selbstmord getrieben

Man erzählt mir von der Frau, die im Hause nebenan gestorben war, ohne ihre nächsten Angehörigen aus Westberlin noch einmal gesehen zu haben. Ich hörte von dem Rentner, der Selbstmord begangen hat, nachdem er 40 Jahre in Westberlin gearbeitet hatte und nun nicht einmal mehr seine Rente von drüben beziehen durfte. In der Fabrik, in der einer meiner Gesprächspartner arbeitet, sind unter ein paar hundert Beschäftigten in den Monaten seit dem 17. August nicht weniger als drei Selbstmorde von Kommunismus zur Verzweiflung getriebener Menschen vorgekommen ...

Man erklärte mir, wie der "Enthusiasmus" der Massen bei den Besuchen der Sowjetführer in Ostberlin erzwungen wird. Meine jugendlichen Gesprächspartner waren vor allem von der jetzt eingeführten Militärdienstpflicht aufschwerste betroffen, denn nun können sie den Dienst in der verhassten Volksarmee nicht mehr ausweichen.

Nur offizielle Tänze

Für die Unterhaltungen, wie sie junge Leute nur einmal lieben, ist in Ostberlin kaum Platz. Es gibt fast keine Möglichkeit, einmal tanzen zu gehen denn die wenigen Lokale, die es gibt, sind völlig überfüllt und man muss Schlange stehen um - mit viel Glück - überhaupt hineinzukommen. Sogar dann noch sieht man sich Verbotsgeboten gegenüber, denn nur die offiziell erlaubten Tänze sind gestattet. Rock and Roll fällt unter die Kategorie des westlichen Halbstarkentums und so gibt es keine Chance für den Twist in Ostberlin.

Um einen Eindruck vom Leben im Zentrum Ostberlins zu bekommen, sah ich die grösste Strasse an - die frühere Stalinallee. Man glaubt dort angesichts der geschmacklosen Säulen und der Architektur im Stil des "Sozialistischen Realismus" in Russland zu sein. Ich sah so gut wie keine Autos und nur wenige Spaziergänger.

Selbst die Kommunisten ...

Die Geschäfte sind äusserst primitiv und armselig. In einem Schaufenster eines grossen Kaufhauses standen zur Dekoration lediglich ein Paar hässliche Damenstiefel und im Hintergrund hingen Watterfetzen, die den Eindruck von Schnee vermitteln sollten. - Nach allem, was ich gesehen habe, kann es niemand wundern, dass unzählige Ostberliner nach dem Westen geflohen sind und man kann sich auch denken, warum die kommunistischen Behörden es einem so schwer machen, sich an Ort und Stelle in Ostberlin umzusehen. Selbst die Kommunisten können über das, was sie in ihrem Sektor der geteilten Stadt anrichtet haben, keinen Stolz empfinden. + + +

Arbeiterjugend zwischen Fabriken

Kölner Erinnerungen aus der Hans-Böckler-Zeit
Von Christian Schmitz-Rheinfeld

Die Kölner Großstadtvororte Ehrenfeld, Kalk und Mülheim waren schon vor dem ersten Weltkrieg Hochburgen des Kapitalismus und der Sozialdemokratie. Entlang der nach Venlo laufenden Hauptstrasse in Ehrenfeld eroberte sich ein Wald von schwarzen Schornsteinen. Sie gehörten zum Kapital von Weltfirmen, welche heute nicht mehr existieren und längst vergessen sind.

Mitten im verkehrsreichsten Ehrenfeld stand die Chemiefabrik Weilerter Meer. Schon zu meiner Kinderzeit krachten ihre Schornsteine wie Streichhölzer in sich zusammen. Das Fabrikgelände blieb jahrzehntelang im Schutt liegen. Neben dem damals verlagerten Chemiebetrieb präsentierte sich die "Helios", ein Unternehmen zum Bau von Meeres-Leuchttürmen, von deren Kopf weisses Kohlenbogenlicht nachts der Schifffahrt den Weg wies. Finanzspekulationen und technischer Fortschritt vernichteten das hoffnungsvolle Werk. Nur der als Muster gebaute Werks-Leuchtturm ist als einziges Erbe übrig geblieben. Wer von Köln nach Aachen oder Mönchen-Bladbach fährt, kann ihn aus nächster Nähe sehen und Reklameschilder aus grosser Höhe auf sich einwirken lassen.

Ein weiteres Glied in dieser Industriekette bildete die Ehrenfelder Waggonfabrik. Ihre Sirene gab den Ton für alle an. Bis zum Jahre 1918 erklang ihr dumpfer Schrei im Rhythmus der zwölf- und später der zehnstündigen Arbeitszeit. Erst ab 1918/1919 wechselte die Sirene auf den Achtstundentag hinüber.

Im Schatten der Industrielwelt

Um diese drei Grossbetriebe gruppierten sich viele Mittel- und Kleinbetriebe, von denen einige noch heute vorhanden sind. Im Schatten dieser Industrielwelt lebte aber eine grosse Arbeiterschaft, die schon damals um einen besseren Anteil am Sozialprodukt den Kampf aufnahm. Trotz langer Arbeitszeit besass damals kein Arbeitnehmer ein Haus oder Vermögen. Man lebte in der Zinskaserne, auf deren Holzfußböden die Zerkelaken und "Pädstiere" nicht auszurotten waren. Kein Wunder, dass hier die Propaganda eines August Bebel auf fruchtbaren Boden fiel. In allen Wohnbezirken gab es Parteilokale der SPD. Zwei Gewerkschaftsorganisationen, der Metallarbeiter- und der Fabrikarbeiter-Verband, traten damals neu in Erscheinung. Da es noch keine Tarife gab, erkämpfte man sich durch Betriebsstreiks von Firma zu Firma eine bessere Entlohnung. Die Führer dieser lokalen Arbeitskämpfe kamen aber auf die Schwarze Liste und waren ständig von Arbeitslosigkeit und Verelendung bedroht. Mancher derselben wurde jedoch Gewerkschaftssekretär. Als solcher konnte er zielbewusst den Freiheitskampf fortsetzen und zum Siege führen.

Pioniere der Arbeiterbewegung

Viele Männer aus der freien und auch aus der konfessionellen Arbeiterbewegung haben im proletarischen Ehrenfeld ihre erste Bewährungsprobe bestanden und sich dann erst zu bekannten Persönlichkeiten entwickelt. Zu nennen wäre beispielsweise der nach 1950 verstorbene Oberbürgermeister

Robert GÖrlinger, welcher nach 1918 die "Arbeiterwohlfahrt" gründete. Vor 1914 arbeitete er in kleineren Unternehmungen als Elektriker. In den nach 1918 gesprengten Verteidigungsforts an der Kölner Militärringstrasse montierte er um 1912 die Lichtleitungen. Ernst JÜlich, Gewerkschaftssekretär des Metallarbeiterverbandes, organisierte als Schlosser manchen siegreichen Einzelstreik. Barthel Schilbert, ein jetziger Bürgermeister in D., arbeitete als "roter Schmied" in der Waggonfabrik und trat bei Flugblattaktionen hervor. Hans Albers, ein bekannter Mann der christlichen Arbeiterbewegung, wohnte mitten im proletarischen Ehrenfeld dicht neben der Peterskirche und besass als Vermögen nur eine kinderreiche Familie. Der gewerkschaftliche Repräsentant der Nachkriegszeit, Hans Böckler, fuhr jeden Tag mit der Strassenbahn von Bickendorf-Ehrenfeld in das "Volkshaus", wo alle Gewerkschaftsbüros konzentriert waren.

Inmitten dieser aktiven Arbeitnehmerschaft entwickelte sich auch schon vor 1914 eine gewisse Jugendpflege und Jugendbewegung. Zur vollen Entfaltung kam die Jugendarbeit in der Weimarer Republik. Neben den kirchlichen Jugendvereinen trat besonders die "Arbeiterjugend" hervor. In Jugendheim Platenstrasse gab es fortlaufend Vorträge, Diskussionen, Volkstanzabende und Gesellschaftsspiele. In kleinen Arbeitsgemeinschaften erarbeitete man sich unter Führung eines reiferen Genossen die Grundlagen des marxistischen Sozialismus und des christlichen Solidarisismus. Siedlungen und Jugendtreffen in allen Winkeln des Rheinlandes ergänzten das lebhafteste Treiben.

Erste gewerkschaftliche Jugendgruppe

Etwas Neues bildeten eines Tages die gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Ihrer Gründung gingen betriebliche Zusammenkünfte der Jugendlichen voraus. Ein Jugendkollege ging in die Grossbetriebe, wie Humboldt-Walk, und besprach dort im Kreis von Lehrlingen, Volontären, Jungarbeitern die Einzelheiten. In die dann folgenden gewerkschaftlichen Jugendgruppenversammlungen kam oft nur ein kleinerer Teil der angesprochenen Jugendvereine. Nachdem aber einige Veranstaltungen abgerollt waren, kamen neue Mitglieder hinzu. Sehr viele Besucher und Teilnehmer zählte man bei Betriebsbesichtigungen, Lern- und Kulturfilmen, Ausflügen und Gruppenfesten. In Betriebsräteversammlungen machte man alle Funktionäre auf die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit aufmerksam. An der Bildung von gewerkschaftlichen Jugendgruppen war auch die Angestellten-Gewerkschafter beteiligt. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten verfügte in jeder Großstadt über Jugendvereine, die sich aus technisch Studierender, praktisch arbeitender Volontären oder technischen Lehrlingen zusammensetzten. Der ZdA, Zentralverband der kaufmännischen Angestellten, betreute viele Jahre in Ehrenfeld eine sehr aktive Gruppe, die zu gleichen Teilen aus weiblichen und männlichen Mitgliedern bestand. Neben Fachsimpelei kam vor allem die Pflege von Musik

und Gesang zur Geltung. Die damals gelernten Volks- und Landsknechtlieder schwingen noch heute im Gedächtnis nach. Vereinzelt wuchsen aus der einfachen Kollegialität schöne Lebensgemeinschaften zweier Seelen hervor.

Die Konzentration der Jugendarbeit aller Einzelgewerkschaften erfolgte in den Jugendkartellen. In Köln nahmen daran auch reife Persönlichkeiten Anteil, wie der DGB-Vorsitzende Kreisohm und Professor Auske.

Das Kölner Jugendkartell hat oft zu arbeitspolitischen Fragen öffentlich Stellung genommen und dabei vielen guten Einfluss ausgeübt. Erwähnt sei der Protest von 10000 Kölner Jugendlichen anlässlich der drohenden Einführung einer Arbeitsdienstpflicht. Dank dieses Protestes konnte die Arbeitsdienstpflicht erst unter Hitler zum Gesetz und voll zur Auswirkung kommen.

Erziehung zu freiem Menschentum

Zwischen den Fabriken der rheinischen Industrielandschaft haben die gewerkschaftlichen Jugendgruppen eine unendliche Kleinarbeit für die Erziehung zu freiem Menschentum geleistet. Die Opfer an Zeit und Geld für die Erfüllung von moralischen Pflichten in ehrenamtlichen Funktionen erreichten beträchtlichen Umfang. Die Bemühungen sind nicht umsonst gewesen. Viele der damaligen Jugendkollegen gelangten in bedeutungsvolle öffentliche Funktionen und soziale Ämter. Darüber hinaus hat jedoch die deutsche Sozialpolitik seit 1925 zahlreiche wundervolle Fortschritte gemacht. Selbst bei den Arbeitgebern ist ein soziales Gewissen erwacht, das im Dienste des sozialen Fortschrittes stehend, den Gewerkschaften sehr nutzen und manches Opfer für selbstmörderischen Klassenkampf ersparen kann.

Im Zeichen von Hochkonjunkturen der Wirtschaft mit ihren Wohlstandsfolgen ist der Wunsch nach Bildung gewerkschaftlicher Jugendgruppen nicht immer eindrucksvoll vorhanden. Wenn also das gemeinsame Schicksal nicht mehr empfunden wird, so sollte aber der Wunsch nach beruflicher Weiterbildung und Vervollkommnung, die Sehnsucht nach Kameradschaft, Geselligkeit und allgemeiner Menschlichkeit Grund genug sein, die Jugend beruflich zu sammeln und zum Guten zu führen.

Goethes Glaube an die Einheit

Aus einem Gespräch mit Eckermann vom 23. Oktober 1828

Chr. Sch. Rh. - In jener Stunde gab es in Deutschland noch keine Eisenbahnen. Der "Deutsche Bund" bestand aus 39 Kleinstaaten mit 39 Wehrungen und noch mehr Zollgrenzen. Trotzdem glaubte Goethe an den einigenden Sinn der neuen Verkehrstechnik. Im erwähnten Gespräch heisst es:

"Mir ist nicht bange, dass Deutschland nicht eins werde. Unsere guten Chausseen und künstlichen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun. Vor allem sei es eins in der Liebe untereinander ... Es sei eins, dass der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reich gleichen Wert habe. Ich wünsche, dass mein Reisekoffer durch alle 36 Staaten ungeöffnet passieren möge. Es sei eins, dass der städtische Reisepass eines weimarischen Bürgers vor den Grenzbeamten eines grossen Nachbarstaates nicht für unzulänglich gehalten werde wie der eines Ausländers Deutschland soll eins sein im Mass und Gewicht, im Handel und Wandel".

Es dauerte noch zwei Jahrzehnte, ehe die Revolution von 1848 im Frankfurter Parlament die erste Stufe zur deutschen Einheit legte. Bismarcks Reichsproklamation war eine zweite und die Weimarer Republik die dritte Stufe zur deutschen Einheit. Die vierte Stufe, die "Wiedervereinigung" ist nach das grosse Rätsel der internationalen Diplomatie.

+ + +

Aus den Zeitgeschehen:

Mehr Licht

Der Kilb-Ausschuss des Düsseldorfer Landtags, bestellt, Vorgänge zu untersuchen, die zur Einstellung des Strafverfahrens gegen den ehemaligen Ministerialrat Kilb vom Bundeskanzleramt führten, hat Richter, Staatsanwälte und zuletzt auch Minister angehört. Als Ergebnis seiner Bemühungen kann bisher nur gesagt werden, dass alle Klarheit beseitigt wurde. Das Totwachen ist komplett. Zwar sind Details wie dieses sehr interessant, dass selbst ein Landgerichtspräsident in der Bundeshauptstadt nicht davor sicher ist, nachts mittels eines Streifenwagens aus dem Bett geholt zu werden, damit er vor seinem Ministerpräsidenten erscheine, der ihn zu belobigen wünscht. Fest steht ferner, dass der Ministerpräsident und der Justizminister unseres volkreichsten Bundeslandes mit dem Landgerichtspräsidenten Kontakt suchten, weil sie fürchteten, Unrecht könne geschehen. Bei so viel Besorgtheit verwundert es, wieso der Untersuchungsausschuss überhaupt tätig werden musste. Merkwürdig berührt auch, dass Ministerpräsident Meyers offenbar den Fall Kilb von einer ganz anderen Warte aus sah als sein Justizminister Flehinghaus, der die Einstellung des Bestechungsverfahrens gegen Kilb mit einer Beschwerde durch die Staatsanwaltschaft - allerdings erfolglos - anfechten liess. Soweit bisher zu übersehen, machte der Landgerichtspräsident Becker bei der Düsseldorfer Untersuchungsprozedur den schlechtesten Eindruck. Richter, die von den Zeugen immer ein waches Erinnerungsvermögen selbst für unwichtige Details erwarten, sollten in ihren Aussagen präziser sein, als es Becker war. So steht zu fürchten, dass der Bürger dieses Staates, der den Weiterungen des Falles Kilb nicht zu folgen vermag, den Eindruck gewinnt, es sei etwas faul im Staate. Der Ausschuss muss sich also bemühen, mehr Licht in die Bonner Affäre zu bringen, damit nicht der Staat, nicht die Justiz Schaden leide. (Entnommen der "Stuttgarter Zeitung").

+ + +